

HAMBURGER FORUM

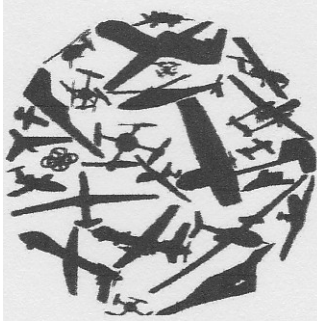
für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



Keine Kampfdrohnen! Kampfdrohnen erhöhen die Kriegsgefahr!

Was sind Drohnen?

Drohnen, also unbemannte, meist ferngelenkte Luftfahrzeuge, hat die Bundeswehr schon länger, als die meisten denken. Die Ersten wurden 1972 zur Aufklärung für die Artillerie eingeführt. Den ersten Kriegseinsatz einer Aufklärungsdrohne durch die Bundeswehr gab es im Jahr 2000 im NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.



Drohnen und weltweite Einsätze

Seit 2013 geht es um mehr:

- Größere Aufklärungsdrohnen mit größerer Reichweite, Flughöhe und Einsatzdauer und
- Kampfdrohnen, die erkannte Ziele mit Bomben und Raketen angreifen können.

Dies steht im Zusammenhang mit der Umorientierung der Bundeswehr auf out-of-area-Kampfeinsätze, wie sie 1990 von der NATO beschlossen wurden. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dieser Zeit werden die deutschen „Sicherheitsinteressen“ unmissverständlich benannt: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und ungehinderter Zugang zu Märkten

und Rohstoffen in aller Welt.“

Alle Koalitionen wollen Drohnen

Seitdem betreiben die verschiedenen Bundesregierungen koalitionsübergreifend von Rot-Grün über Schwarz-Gelb bis Schwarz-Rot die Ausrüstung der Eingreiftruppen mit Drohnen – gegen den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine Umfrage eines Bundeswehrinstituts hatte nämlich ergeben: 24 % überwiegende Zustimmung, 50 % überwiegende Ablehnung und 26 % ohne Meinung.

Frau von der Leyen legt nach

Noch vor der Wahl 2013 hat Thomas de Maizièr als „Verteidigungsminister“ von CDU/CSU und FDP versucht, die Beschaffung bewaffneter Drohnen voranzutreiben, allerdings ohne Erfolg. Nach der Wahl treibt Frau von der Leyen, die neue Ministerin, die immer noch als „Verteidigungsministerin“ bezeichnet wird, obwohl sie „ihre“ Bundeswehr immer wieder in Auslandseinsätze schickt, die Kampfdrohnenbeschaffung energisch voran. Sie will die israelische Heron TP leasen und verkündet: „Es wird um eine „bewaffnungsfähige“ Drohne gehen. Das

wird in der Zukunft Standard sein.“ Eine Vorstellung von Größe und Fähigkeiten dieser Drohne mögen folgende Daten vermitteln: Spannweite 34,10 m, Flughöhe bis 14.000 m, Flugdauer bis 30 h, Tragfähigkeit bis zu 1 t Bomben und Raketen.

Airbus und Rheinmetall kooperieren mit IAI (Israel Aerospace Industries). Dies dient dem Knowhow-Transfer für die bis 2025 geplante Eurodrohne. Dass es immer auch um die deutsche technologische Führung geht, hat das Verteidigungsministerium schon in seiner „Militärischen Luftfahrtstrategie 2016“ deutlich gemacht, wo es heißt: „Die unbemannte Luftfahrt wird als europäische verteidigungsindustrielle Schlüsselkompetenz angesehen, die durch maßgebliche industrielle Beiträge aus Deutschland ... geprägt werden sollte.“

Kampfdrohnen und Aggression

Zwar sagt Frau von der Leyen, bewaffnete Drohnen dienen dem Schutz „unserer“ Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Darin steckt aber eine Eskalationsgefahr: Wenn Politikerinnen und Politiker glauben, das Risiko eigener Opfer sei gering,



Kampfdrohne Heron TP von IAI

sind sie noch eher bereit, die Bundeswehr in aggressive Auslandsein-

sätze zu schicken. Außerdem sind Drohnen billiger und einfach zu verlegen und einzusetzen. Wie die USA immer wieder demonstrieren, lassen sie sich auch über Staaten einsetzen, mit denen man offiziell nicht im Krieg ist, was man mit Kampfflugzeugen wohl kaum wagen würde, weil es politisch wie militärisch zu riskant ist.

Gezielte Tötungen

Schon unter dem US-Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Obama haben die USA Kampfdrohnen verstärkt für gezielte Tötungen von Personen eingesetzt, die sie für „illegale Kämpfer“ oder deren Unterstützer halten, entgegen Menschen- und Völkerrecht. Da sein Nachfolger Trump den Militärs noch mehr freie Hand für Kampfeinsätze gegeben hat, muss befürchtet werden, dass solche Drohneneinsätze zunehmen werden.

Frau von der Leyen sagt, die Bundeswehr werde sich an das Völkerrecht halten und keine „extralegalen Tötungen“ ausführen. Wir wissen nicht, ob sie das selbst glaubt. Von der Bundeswehr kann man das jedenfalls nicht erwarten, wurde doch der Oberst Klein wegen des von ihm befohlenen Massakers von Kundus nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern noch unter de Maizerè zum General befördert. Wie jede Armee wird die Bundeswehr den „Schutz der Truppe“ über das Völkerrecht stellen, im Vertrauen darauf, dass eine Völkerrechtsverlet-

zung bei einem Drohneneinsatz nur schwer nachweisbar ist.

Kampfdrohnenterror

Studien US-amerikanischer Universitäten belegen: Aufgrund von Kampfdrohneneinsätzen leidet die Bevölkerung in Pakistan und Afghanistan durch die ständige Bedrohung unter Angstzuständen und wird traumatisiert.

Killer-Roboter

Weltweit wird an der Entwicklung von autonomen Systemen gearbeitet, die ohne menschliche Einflussnahme auch über gezielte Tötungen entscheiden. Wer soll da noch zur Verantwortung gezogen werden, diejenigen, die die Drohne losgeschickt haben oder die Programmierer? Frau von der Leyen sagt, das wolle sie nicht. Fraglich ist aber, was in ein paar Jahren sein wird. Noch schrecklichere Kriege drohen.

Wettrüsten bei Kampfdrohnen

Bei Kampfdrohnen verfügten die USA lange über eine Art Monopol. Zunehmend wollen aber auch andere Staaten sich eigene Kampfdrohnen zulegen, um ihr eigenes militärisches Gewicht zu erhöhen und auch, um von den erwarteten Gewinnen zu partizipieren. China ist dabei mit seinen Kampfdrohnen am weitesten. Genannt werden weiter: Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei, Nordkorea, Indien, Pakistan und Südafrika. Es droht ein Wettrüsten bei Kampfdrohnen.

Gewinne durch Kampfdrohnen

Marktanalytiker erwarten immense Gewinne im Drohnengeschäft: 5,5 % Umsatzsteigerung jährlich bis 2024 und Umsätze bis zu 14 Mrd. US\$ im Jahr 2025.

Ramstein und Drohneinsatz

Die USA nutzen ihren Luftwaffenstützpunkt Ramstein Air-Base als Relaisstation für den Datenaustausch zwischen ihren Drohnen im Einsatz und ihren Piloten in den USA – zwischen der Drohne und Ramstein per Satellit und zwischen Ramstein und den USA über Glasfaserkabel, was schneller ist. Sie nutzen also deutsches Hoheitsgebiet auch für ihre gezielten Tötungen, obwohl die Todesstrafe in der Bundesrepublik verboten ist – und das mit Wissen der Bundesregierung. Verschiedene Initiativen führen immer wieder Protestaktionen an der Ramstein Air-Base durch. Informationen darüber gibt es auf der Internetseite des Hamburger Forums – siehe unten auf der letzten Seite.

Kampfdrohnen in Jagel

2019 sollen Kampfdrohnen der Bundeswehr vom Typ Heron TP dem Geschwader auf dem Militärflugplatz in Schleswig-Jagel zugeordnet werden.

Dann soll auch die Schule für Bildaufklärung von Fürstenfeldbruck hierher verlegt werden. Dabei geht es um die Fotos und Radarbilder der Tornados und Drohnen sowie die Radarbilder der Satelliten SAR LUPE,

die zur Zeit Irak und Syrien ausspionieren.

Schließlich sollen 2025 hier Großdrohnen vom Typ Triton abheben, die eine Flügelspannweite von fast 40 m haben. Rollbahn und Hangar sind bereits gebaut. Krieg beginnt auch hier in Schleswig-Jagel. Die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsgegner) veranstaltet dort regelmäßig zusammen mit anderen Friedensgruppen Aktionen gegen die Drohnenpolitik der Bundesregierung. Informationen darüber gibt es auf der Internetseite des Forums – siehe unten auf der letzten Seite.

Eine unerwartete Wendung

Auf der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses vor der Bundestagswahl 2017 wurde der Beschluss über die Finanzierung bewaffnungsfähiger Drohnen veragt. Es wurde nämlich befürchtet, dass so viele Abgeordnete von SPD, Grünen und Linkspartei dem Antrag ihre Zustimmung verweigern könnten, dass er endgültig zu Fall kommen würde. Die SPD hat zur Begründung ihrer Position darauf hingewiesen, dass eine breit geführte, umfassende Diskussion über Kampfdrohnen

bisher noch nicht stattgefunden hat.

Zu diesem Ergebnis hat sicher beigetragen, dass die Friedensbewegung jahrelang ihre Forderung „Keine Kampfdrohnen!“ unermüdlich immer wieder öffentlich vorgetragen und begründet hat. Dieser Einsatz war also doch nicht umsonst!

Mut macht auch, dass jüngst 116 IT-Unternehmer einen Aufruf an die UNO unterschrieben haben, autonome Killerdrohnen zu verbieten.

Das soll uns anspornen, auch nach der Bundestagswahl 2017 unsere Aktivitäten gegen Killerdrohnen fortzusetzen. Wer immer kann und mag, sollte:

- ▶ Flugblätter verteilen,
- ▶ möglichst viele gewählte Abgeordnete schon während der Bemühung um eine Koalition ansprechen, um mit ihnen ihre Position zu unseren Argumenten gegen Killerdrohnen zu diskutieren,
- ▶ jede Möglichkeit nutzen, die Medien über unsere Aktivitäten zu informieren, und
- ▶ Unterschriften unter unseren Appell “Keine Kampfdrohnen!” sammeln.

Formulare und weitere Informationen dazu gibt es auf unserer Internetseite – siehe unten.

Wer ist das Hamburger Forum für Frieden und weltweite Abrüstung?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu den Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Irak und in der Ukraine aufgerufen. Weitere Informationen unter: www.hamburgerforum.org.